

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle!

Weil wir gemeinsam etwas verändern können!

Die heiße Wahlkampfphase hat begonnen. Bereits in den letzten Monaten waren wir für die Münchnerinnen und Münchner unterwegs: Ob für günstigen Wohnraum, intelligente Verkehrspolitik oder ein gutes Leben im Alter, ob bei den Auseinandersetzungen für die Interessen der Beschäftigten oder die Rechte der Geflüchteten: DIE LINKE ist sichtbar und beständig an der Seite der Menschen: Sie streitet mit ihren Mitgliedern und aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für ein Wahlergebnis von mindestens sechs Prozent in München oder mehr als 50 000 Stimmen in den fünf Wahlkreisen.

Doch nicht nur das: Gemeinsam mit den knapp achtzig neuen und sehr vielen jungen Mitgliedern in diesem Jahr werden wir möglichst viele dieser 50 000 Menschen überzeugen, sich über diese Wahl hinaus für ihre eigenen Interessen einzusetzen: auf der Straße, an der Seite der LINKEN, für die Münchner Gesellschaft. Dazu suchen wir das Gespräch mit den Menschen – an den Infoständen, vor den Betrieben oder an der Haustür. Wir wollen nicht nur für die Menschen da sein: Wir wollen mit ihnen die Gesellschaft gestalten, wir wollen gemeinsam die Gesellschaft verändern.

An der Seite der Beschäftigten, für Entlastung in der Pflege: „Mehr von euch ist besser für alle“

In der heißen Wahlkampfphase treten die Pflegekräfte an vielen Orten in Deutschland in eine neue Art der Auseinandersetzung: Sie streiten um Entlastung, sie wollen mehr Kolleginnen und Kollegen, um die so wichtige Arbeit auf mehreren Schultern zu verteilen. Denn ob Kranke/r, ob Angehörige oder Ärztinnen und Ärzte: Sie alle brauchen viele und gut bezahlte Pflegekräfte. **DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und unterstützt deren Anliegen.**

Die gegenwärtigen Bedingungen sind fatal: Studien sprechen bundesweit von **100 000 zusätzlichen Pflegekräften**, die notwendig sind – in Bayern sind es **21 000**. Im Ballungsraum München sprechen wir damit von ca. 5000 fehlenden Kräften. Auf Grund von Zeitmangel ist gute Pflege oft nicht durchführbar. Bayernweit werden laut ver.di Millionen Überstunden geschoben. Immer häufiger springen pflegende Angehörige ein, um die Versorgungslücken zu schließen. Das wenige Personal, das sich in den Krankenhäusern um die Menschen kümmert, leidet physisch wie psychisch unter dem Druck, der auf ihnen lastet. Die Menschen, die sich um die Gesundheit anderer kümmern, erkranken selbst. Diese Überlastung und der Dauerstress führen laut Studien zu einer erheblichen Zunahme der Risiken für die Patientinnen und Patienten. Der Mangel ist nicht nur in den Krankenhäusern offensichtlich, sondern auch in der Altenpflege.

Hinter dem sogenannten „Pflegenotstand“ steht Profit – Gesundheit wird zur Ware. Die Häuser müssen gewinnorientiert arbeiten. Am Personal wird gespart, die Arbeit immer weiter verdichtet. Die Profitmaximierung steht für die Krankenhausverwaltungen über dem Wohlergehen der Beschäftigten und der PatientInnen.

Daher braucht es dringend eine gesetzliche Personalbemessung, die eine Mindestzahl an Pflegekräften festlegt. Bis dahin unterstützen wir die tariflichen Forderungen von ver.di für Mindestbesetzungsstandards und zu Regelungen eines Belastungsausgleichs, sofern die Mindestpersonalausstattung im Einzelfall nicht eingehalten werden sollte. Ebenso ist ein

Ausgleich für die Ausbilderinnen und Ausbilder zu treffen, z.B. durch Freistellung für die Zeit der Anleitung. Auszubildende dürfen nicht zur Vermeidung von Personalengpässen herangezogen werden.

Pflegemindestlohn auf 14,50 Euro – die Menschen sind es wert!

Als Schutz gegen Lohndumping wird der Pflegemindestlohn mit uns sofort auf 14,50 Euro erhöht und auf weitere Tätigkeitsbereiche in der Pflege ausgedehnt. Verstöße gegen den Pflegemindestlohn müssen sanktioniert werden. Die tarifliche Vergütung von Pflegefachkräften muss als allgemeinverbindlich erklärt werden. Keine Pflegefachkraft sollte unter 3 000 Euro (in Vollzeit) verdienen. Das ist überall notwendig – insbesondere in München ist es unabdingbar.

Mehr und bessere medizinische Versorgung – keine Privatisierungen und Ausgliederungen

Während die Bevölkerung Münchens laut Prognosen 2022 die 1,7 Millionen-Marke überschreiten wird, verschlechtert sich medizinische Versorgung. Städtische Krankenhäuser wie in Harlaching sollen verkleinert werden, obwohl schon jetzt eine Unterversorgung in der Diabetestherapie sowie in der Kinder-, Jugend- und Geburtsmedizin herrscht. Das darf nicht sein. Krankenhäuser sind Teil des Sozialstaates. Die Finanzierung der Krankenhäuser durch Krankenkassen muss genauso an diesem Grundsatz ausgerichtet werden wie die öffentliche Krankenhausplanung und die Investitionen von Bund, Land und Kommune. Daher lehnen wir die Privatisierung von Kliniken ab. Auch die Ausgliederung bestimmter Bereiche, z. B. aktuell in den städtischen Kliniken im Bereich der Küche oder der Logistik, ist zu verhindern. Dumpinglöhne werden die Folge sein, von denen die Menschen insbesondere in der teuren Stadt München nicht leben können.

Konkret:

- DIE LINKE unterstützt die Kolleginnen und Kollegen der Münchner Krankenhäuser in ihrer Auseinandersetzung für mehr Personal. DIE LINKE setzt sich für eine gesetzliche Personalbemessung ein, die auch Ausbildungszeiten berücksichtigt. Bei 21 000 fehlenden Kräften bayernweit sind dies im Ballungsraum München 5 000 Pflegekräfte.
- DIE LINKE trägt die Forderungen der Beschäftigten mit unterstützenden Bürgerinnen und Bürgern in die Öffentlichkeit.
- DIE LINKE streitet für einen ordentlichen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro/Stunde bzw. 3 000 Euro im Monat bei Vollzeit.
- Die Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand. Die Privatisierung insgesamt wie die Auslagerung einzelner Bereiche in München muss rückgängig gemacht werden.

Es ist an der Zeit für eine Gesundheitspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert.